

Correspondent

Er scheint
Freitag, Donnerstag,
Sonntag.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

41. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 10. September 1903.

№ 105.

Aus dem Gewerkschaftsleben.

(Schluß.)

Bei den Glasarbeitern hat die in Kraft getretene Beitragserhöhung die sonst vielfach gemachten Erfahrungen klug gestraft. Es ist nicht nur der beschränkte Mitgliederzuwachs ausgeblieben, sondern die Organisation hat in dem letzten Vierteljahre um 580 Mitglieder zugenommen.

Das Organ des Verbandes der Brauereiarbeiter widmete dem leider so früh verstorbenen Abgeordneten und hochverdienten Sozialpolitiker Richard Noeske an leitender Stelle einen warmen Nachruf, dessen Schluß hier wiedergegeben sein möge: „Bei dem großen Berliner Kampfe im Jahre 1894 unser natürlicher Gegner, hat er sich durch sein ehrliches und energisches Eintreten und sein eignes Wirken für das Wohl der Arbeiter vor und nach dem Kampfe die größte Achtung und Anerkennung der ganzen Arbeiterwelt errungen. Sein Wirken und seine guten Beispiele sind auch nicht ohne Einfluß auf die Brauereiarbeiter-Verhältnisse im allgemeinen geblieben und wären manchem Scharfmacher unter den Brauerei-Unternehmern sehr zu Nachahmung zu empfehlen. Die organisierten Brauereiarbeiter werden dem warmherzigen Freunde, dem tüchtigen und hohen Achtung würdigen Manne ein dauerndes ehrendes Andenken bewahren.“ Und in einem Nachrufe der Sektion I der Zählstelle Berlin heißt es in der Brauer-Zeitung: „Sein Name ist mit der Berliner Brauereiarbeiter-Bewegung unlöslich verknüpft und zwar in ehrendem Sinne. Durch seinen eblen und wahrhaft arbeiterfreundlichen Charakter hat er sich dauernd ein ehrendes Andenken gesichert.“ Nicht bloß des ausgezeichneten Mannes wegen zitieren wir diese Bezeugungen der Pietät, sondern aus Genutung darüber, daß man heutzutage in Gewerkschaftskreisen sich schon mehr von dem Grundsatze leiten läßt: Ehre, wenn Ehre gebührt, ganz gleich ob Arbeiter oder Unternehmer. Schade, daß die Noeske nur in ganz wenigen Exemplaren vorhanden sind!

Der Verein deutscher Schuhmacher hat zwei Statistiken ausgenommen, um einerseits für die Agitation Material zu gewinnen, zum anderen eine Feststellung der Fabrik- und der Schloßarbeiter zu erhalten. In Fabriken beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen wurden also 45918 ermittelt, wovon 16039 organisiert, als Schloßarbeiter und in Schnellsohlenbetrieben beschäftigt 18807 Personen, davon 5991 organisiert. Es sind jedoch nur die Orte mit Zählstellen in der Statistik aufgeführt, das Verhältnis von 25000 Organisierten zu 64000 ermittelten Beschäftigten würde sich also in Wirklichkeit noch verschlechtern. — In Birmaens ist bei einem zweiten Anlaufe die Streikbrecherorganisation nun doch gegründet, allerdings unter ganz kläglichen Umständen; merkwürdigerweise legte sich für die Bildung dieser Prätorianergarde ein Buchdruckermeister mächtig ins Zeug. Der Zentralverband der Glaser hat vom Vorstande des Innungsverbandes auf die Eingabe betreffs Schaffung eines korporativen Arbeitsvertrages für das Glasergewerbe eine abschlägige Antwort erhalten; die Herren wollen bei dem von ihnen aufgestellten Arbeitsvertrage beharren.

In den absterbenden Zweigen der lokalistischen Sonderorganisationen regt es sich wieder wie von neuem Leben, es steht nämlich „frischer“ Zuwachs zu erwarten. In Hamburg haben 31 Zimmerer ihren Antritt aus dem Verbandsverbande erklärt und einen Lokalverein gegründet, unter den ihr gewerkschaftliches Glaubensbekenntnis gewechselten Personen befindet sich auch der frühere und langjährige Vorsitzende der Verbandszahlstelle in Hamburg, ein Auerlanti vom Scheitel bis zur Sohle. Daß ein solches Beginnen in Anbetracht der im Rheinlandbunde vorzüglich organisierten Unternehmer reiner Wahnsinn ist, scheinen die neuen Kompagnons der Firma Kehler nicht zu begreifen. In Magdeburg sind es einige Holzarbeiter, welche „wegen allzu großem Terrorismus im Holzarbeiterverbande“ einen neuen Laden aufgemacht haben. Von solchen Abbrüchlingen würde es bald wieder all sein, wenn die Organe der sozialdemokratischen Partei nicht gezwungen wären, diesen guten Parteigenossen ihre Spalten zu öffnen, welche Konzeption die Ueberläufer dann natürlich weiblich ausnützen zum Spettakelmachen. Ein

fürzlich wieder wurde das Hamburger Echo auf Grund einer Beschwerde einer Lokalorganisation von der Preßkommission gezwungen, Versammlungsberichte und Annoncen solcher Ueberläufer aufzunehmen. In der Begründung der Preßkommission heißt es u. a.: „So lange nicht Arbeiter, einzeln oder in Gruppen, der Arbeiterschaft bei ihren Kämpfen in den Rücken fallen, muß es seitens der Parteiorgane unterlassen bleiben, in irgend einer Weise in die inneren Verhältnisse der Gewerkschaften eingzugreifen; solches würde aber im gegebenen Falle geschehen, wenn die Beschwerde zurückgewiesen werden würde. Ein Förderung der Partei- wie der Gewerkschaftsbewegung kann durch die Verweigerung des Raumes des Hamburger Echo keineswegs erblickt werden; im Gegenteil erscheint die Besorgnis nicht unbedeutend, daß dadurch die Gegensätze noch verschärft werden.“ — Die Preßkommission in Hamburg sollte doch wissen, daß schon das bloße Bestehen derartiger Gruppen einen Rückenangriff bedeutet, der dann bei Lohnbewegungen usw. seine schärfste Verwendung annimmt. Im übrigen wird weder die Partei- noch die Gewerkschaftsbewegung durch solche Leute gefördert, wie an den Hamburger Akkordbauern doch überzeugend wahrgenommen. Latschweigen ist die einzig richtige Taktik.

In England haben sich den früheren Beweisen einer starken Unabhängigkeitsströmung bezüglich der parlamentarischen Arbeitervertretung neue hinzugesellt. Die bekannten Gerichtsentscheidungen haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit Notwendigkeit der Politik näher geführt und die Frage der Vertretung im Parlamente spielt seitdem eine gewichtige Rolle im Gewerkschaftsleben der englischen Arbeiter. Das Komitee für parlamentarische Arbeitervertretung hat auch schon die ersten Erfolge seiner Tätigkeit zu verzeichnen, die in letzter Zeit erzielten Siege in Clithron, Woolwich und Barnard Castle sind die greifbarsten Beweise, daß es Ernst und kein müßiges Gerede mit einer entstehenden Arbeiterpartei ist; die im nächsten Frühjahr stattfindenden Hauptwahlen werden weitere Ueberzeugungen nach dieser Richtung bringen. Eine Mitte Juli in Baden tagende Konferenz hat nun wieder einen jener interessanten Vorgänge gestattet, deren wir schon einige Male gedenken konnten. Es sollte nämlich dem Komitee und der ganzen Bewegung eine Richtschnur gegeben werden und stand deshalb nachstehende Resolution zur Debatte: „Die Konferenz der Delegierten der Londoner Arbeiterorganisationen erklärt sich mit den Grundzügen des Komitees einverstanden und verspricht, mit aller Macht für die Interessen des Komitees zu wirken, besonders unter den Trade Unions.“ Wenn das das Wort der beantragten Entschließung wirklich gewesen ist, so kann ein nicht Eingeweihter daraus nicht viel lesen, die Delegierten der sozialdemokratischen Föderation haben denn auch einen Zusatz beantragt folgenden Wortlautes: „Die Konferenz erklärt sich mit dem Gedanken der parlamentarischen und lokalen Arbeitervertretung einverstanden, die den Klassenkrieg anerkennt und die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel zum Ziele hat. Die Konferenz ist für das Komitee, um eine Arbeiterpartei zu gründen, die unabhängig von den kapitalistischen Parteien vorgeht.“ Diese von sozialdemokratischer Seite beantragte Erweiterung fand warme Bestätigung, in bedeutend stärkerem Maße aber entschiedene Ablehnung und wurde schließlich mit großer Mehrheit abgelehnt, worauf die Sozialdemokraten demonstrativ den Saal verließen. Unter den Gegnern des Zusatzantrages befanden sich auch die Buchdrucker, welche aber auch einen Beschluß, die sozialdemokratischen Delegierten dauernd von den Konferenzen auszuschließen, verhinderten. Die entstehende Arbeiterpartei lehnt also noch den Sozialismus ab, wird aber wohl und kann auch nicht anders als in sozialistischer Richtung sich entwickeln, ob jedoch ein Hinüber-schwenken zur Sozialdemokratie stattfinden wird, ist nach den bisherigen Wahrscheinlichkeiten sehr zweifelhaft. Einstweilen werden die Arbeitervertreter Chadleton, Crooks und Spensford mit den übrigen Parteien partieren müssen, wo ihnen dadurch irgend welcher Nutzen winkt.

Wie in Frankreich die Zustände in der sozialdemokratischen Partei arg zerfahren sind, so steht es bei den Gewerkschaften nicht viel besser aus; die diesmaligen Wahlen zum höheren Arbeitsrate haben das deutlich genug gezeigt. Diese die sozialpolitische Gesetzgebung

vorberatende und vorbereitende Korporation besteht aus 65 Mitgliedern, darunter 26 gewählte Unternehmervertreter, 26 gewählte Arbeitervertreter (18 von den Gewerkschaften und 8 von den gewerbegerichtlichen Arbeiterbeiräten), 3 Senatoren, 5 Deputierte, 1 gewählter Vertreter der Pariser Handelskammer, 1 gewählter Vertreter der Arbeitsbörsen, 1 gewählter Vertreter der Produktivgenossenschaften und 2 vom Handelsminister ernannte Mitglieder aus den Reihen der fünf Akademien und der Pariser Universitätsprofessoren. Auf dem Gewerkschaftskongresse in Lyon im Jahre 1901 hielten die der Konföderation der Arbeit angehörenden Gewerkschaften (das sind die Generalspreißschwärmer und Gegner des Parlamentarismus) zu einem Schlage gegen den höheren Arbeitsrat aus und erreichten wenigstens einen Teil ihres Zweckes insofern, als der Kongreß eine gleiche Vertretung von ausschließlich aus Unternehmer- und Arbeiterdelegierten forderte. Der reformistische Flügel der Gewerkschaften, welcher dem ministeriellen Sozialismus huldigt, machte in der richtigen Erkenntnis, daß durch eine Ausmerzung der Parlamentarier und Professoren die Arbeit der Sozialreform nicht gefördert werden würde, diesen Schritt nicht mit, sondern beteiligte sich an der Wahl. Die gewählten Kandidaten sind nur zu 30 Proz. Vertreter der allgemeinen Arbeiterschaft, die Mehrheit der Gewerkschaften ist nämlich tatsächlich dem Enthaltungsgebote gefolgt. Wenn mit diesem Ausgange auch die Oberherrschafft der Generalspreißer gebrochen, so hätte die strikte Durchführung des Wyoner Beschlusses aber leicht die Möglichkeit bringen können, daß die Vertreter der gelben Gewerkschaften — den Streikbrecherorganisationen — den Sieg davon trügen. Das wäre allerdings eine klatschende Ohrpeise für die ganz verfehlte Prinzipienreiterei gewesen.

Den Opfern des holländischen Generalspreißes ergoht es schlecht. Ein Teil der Gewerkschaften, welche seinerzeit im Abwehrkomitee ihre Vertreter mit Empörung für den Generalspreiß eintreten ließen, versagten vollständig bei der Unterstützung der Opfer dieser vertrackten Bewegung. Die holländischen Gewerkschaften hatten überhaupt nur 20000 Gulden beigetragen, die niederländische sozialdemokratische Partei brachte 17000 Gulden aus, aus Deutschland kamen 6000, von den Antwerpener Diamantarbeitern aber allein 3500 Gulden. Es gibt eben nirgends so klaffende Spalten als zwischen Verpfunden und Falten.

Die große am 3. August beendete Aussperrung in Schweden hat für alle Branchen die Einsetzung von Verhandlungskomitees und Schiedsgerichten zur Folge gehabt. Die einzelnen Konflikte werden von denselben noch einmal auf ihre Veranlassung geprüft und dann bestimmte Festsetzungen getroffen. In dem die Niesenaussperrung heraufbeschworenen Falle wurde bereits beschloffen, daß die Löhne unverändert bleiben, auch die kurz vor Ausbruch der Differenz gewährten Lohnerhöhungen werden beibehalten. In einem Endbeschlusse bei den Friebrisenverhandlungen wurde auch allgemein gewünscht, daß so bald als möglich ein detailliertes Uebereinkommen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter zustande komme, durch welches auftauchende Streitfragen soweit als möglich auf friedlichem Wege durch Verhandlung, Vermittelung oder Schiedspruch gelöst werden. Die Lehren der Aussperrung sind also beherzigt die gleichen und das ist gut für die Zukunft.

Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine hat in der ersten Hälfte des laufenden Geschäftsjahres insgesamt einen Umsatz von 10801432,98 Mark erzielt gegen 8691863,89 Mk. im Vorjahre. Die Zunahme beträgt demnach 2109569,09 Mk. oder rund 25 Proz.

Wir sind alles andere, aber nur keine Freunde von Preisbrüchern. Aber es gibt Fälle, wo man über eine gewissenmaßen zwangsweise herbeigeführte Preisherabsetzung sich nur freuen kann, so z. B. wenn Lebensmittel verteuert werden. Die Bäckereimeister in Niederzwönitz (Sachsen) schloffen auch das Fett, wo eigentlich kein zu sehen war, bis ihnen der dortige Konsumverein einen Strich durch die Rechnung machte durch Errichtung einer eignen Bäckerei, die nach Lage der Verhältnisse nicht besonders konkurrenzfähig auftreten konnte. Aber kaum, daß die Bäckereimeister von dem Plane erfuhren, gingen sie ohne weiteres mit dem Preise um drei, also auf 65 Pf. zurück. Als aber dann der Konsum-

verein mit der Herstellung der Backwaren begann, ernährten die Bäcker den Brotpreis noch einmal und zwar auf 60 Pf. für ein Sechspfundbrot. Die dortige Bevölkerung hat es also dem Konsumvereine zu danken, daß sie nun dieses Quantum Brot 8 Pfennige billiger als früher kaufen kann.

Von einem phantastischen Projekte, welches auch als Erwachen des Genossenschaftslebens in Prätoria bezeichnet wird, laßen wir fützlich in einem Genossenschaftsorgane. Danach soll in Prätoria eine Verammlung mit 300 Teilnehmern aus allen Berufen stattgefunden haben; in derselben wurde beschloßen, vorläufig einen Plan auf Bildung einer Genossenschaft von Arbeitern mit einem Kapitale von 5000 Pf. Sterl. in 1 Pf. Sterl. Anteilen anzunehmen. Die Anteile sollen nur an wirkliche Arbeiter ausgegeben werden. Der Zweck ist die Bildung einer Genossenschaft, mittels derer Arbeiter die Ausföhrung größerer Bauten übernehmen können. Ein Vertreter des Zimmererverbandes setzte den Plan auseinander und behauptete, daß seine Ausföhrung die Leute unabhängig vom Arbeitgeber machen und sie befähigen würde, auf offenem Markte mit ihm in Wettbewerb zu treten. Was aus der Sache wird, find wir auch begierig zu erfahren. Km.

Lehrlingszucht und Frankfurter Verein für Jugendfürsorge.

Ueber Lehrlingszucht ist eigentlich schon zu viel im Corr. geschrieben worden und doch gibt es in dieser Sache immer wieder neue Momente, die die öffentliche Aufmerksamkeit verdienen. Im vergangenen Winter stand in einer Mitgliederversammlung des Bezirks Frankfurt a. M. ein von der Vertrauensmännerversammlung gestellter Antrag zur Debatte, welcher die Verteilung von Flugblättern zu Eltern verlangte, um Eltern und Vormünder über die Lage unsers Berufes aufzuklären. Als Hauptargument gegen die Abfassung eines Flugblattes führte ein Redner an, daß der hiesige Verein für Jugendfürsorge auf dem Gebiete der Lehrlingsfrage eine anerkannt wertvolle Tätigkeit entfalte und daß auch wir Buchdrucker in dieser Hinsicht ihm volles Vertrauen schenken dürften. Nebenbei wurde bemerkt, daß ein solches Flugblatt auch gegen die Tarifgemeinschaft verstoße, weil dadurch den Prinzipalen die Haltung der erlaubten Anzahl von Lehrlingen gewissermaßen erschwert werde. (Schaden würde es nichts, denn die tarifliche Anzahl ist entschieden zu hoch!) Der Antrag war dem Gauvorstande zur Begutachtung überwiesen und, wie nicht anders zu erwarten war, von diesem abgelehnt mit der Motivierung, daß nach der Stellungnahme des Gauvorstandes in der Debatte der Gau Frankfurt betreffs der Lehrlingsfrage mit am besten im Deutschen Reiche stehe.

Betrachten wir uns nun einmal genau, wie gerechtfertigt das Vertrauen der Buchdrucker zu dem Frankfurter Vereine für Jugendfürsorge war, wie zufriedenstellend dieser Verein seine Aufgabe zu lösen versuchte. Zu Eltern dieses Jahres wurden durch denselben an die schulentlassene Jugend Broschüren mit Ratsschlüssen für die Berufswahl verteilt. Auf dieses Broschüren, welches den Titel führt: „Ein Wegweiser für die weibliche Jugend“*, näher einzugehen, sei der Zweck dieser Zeilen. Dieser Wegweiser gibt, wie es auch in seiner Einleitung heißt, eine Uebersicht über die wichtigsten in Frankfurt in Frage kommenden Berufswege, über die begünstigten Lohn- und Lohnverhältnisse sowie u. a. auch über die Zukunftsaussichten, die sich dem Erwerbstätigen da und dort eröffnen. So sorgfältig nun das Material auch zusammengetragen sein mag und so anerkanntes Wert der Zweck dieses Büchleins ist, so muß doch konstatiert werden, daß bei Behandlung des Buchdruckergewerbes eine einseitige Beurteilung vorgelegen, die die Lage unsers Gewerbes nicht erfaßt oder nicht erfassen will. Nachstehend nun die wörtliche Wiedergabe des Abschnittes X des Wegweisers:

X. Buchdruckerei.

In den meisten Betrieben werden Mädchen in gleicher Weise verwandt und entlohnt wie in der Lithographie. Siehe daher dort. Nur ein Betrieb nimmt Mädchen auch als Seherinnen unter folgenden Bedingungen:

Lehrzeit: Ein halbes Jahr ohne Vergütung.
Lohn: Anfangslohn 20 Pf. pro Stunde. Durchschnittslohn 12—15 Mk. wöchentlich. Höchstslohn 22 bis 25 Mk. wöchentlich.
Arbeitszeit: 9½ (bzw. 10 Stunden bezahlt) ausschließlich Hausen.

Obwohl die Arbeit nur kräftigen Mädchen anzuraten ist und die männlichen Seher weit höher bezahlt werden, sollte Frauenarbeit doch versuchen, diesen Beruf zu erlernen und sich die gleichen Arbeitsbedingungen wie die männlichen Arbeiter zu sichern.

Bedarf auch dieser Abschnitt keines Kommentars, da er genug für sich selbst spricht, so wird es doch interessant sein, auf die einzelnen Ausführungen einmal näher einzugehen. Da fällt vor allem die halb-jährige Lehrzeit auf gegenüber der üblichen vier Lehrjahre der männlichen Seheranwärter. Es ist zwar von Frauenrechten schon oft die Behauptung aufgestellt worden, daß das Weib den Herrn der Schöpfung an Intelligenz nicht nur erreiche, sondern ihn oft übertrage; ein geistiges und physisches Ueber-

gewicht, wie es hier angenommen, muß selbst dem über-eifrigsten Feministen Gruseln verursachen. Es soll hiermit jedoch nicht gesagt sein, daß zur Erlernung der schwarzen Kunst unbedingt vier Lehrjahre erforderlich sind. Jedermann weiß, daß sich der Prinzipal durch die lange Lehrzeit zu entschädigen sucht, teils für die zur Unterweisung und Belehrung aufgewendete Zeit, teils für die jetzt fast allgemein übliche Lohnvergütung an die Lehrzeit. Daß aber den Prinzipalen eine vierjährige Lehrzeit noch gar nicht genügt, um sich für ihre Aus-bildungstätigkeit schadloß zu halten, beweist ja klipp und klar die Lohnfestsetzung im Tarife für Neuausgelernte, wenn sie beim Prinzipale weiter konditionieren. Aus diesem Umfange ergibt sich aber auch die andre Tatsache, daß der Prinzipal selbst den Lehrling nach vier Jahren noch für unangebildet hält und ihn als nur minderwertigen Gehilfen begaßt. Glaubt nun ein Buchdrucker-eifriger Mädchen in einem halben Jahre zu Gehehilfen heranzubilden, so gibt er sich entweder einer argen Selbsttäuschung hin oder es offenbart sich hierin eine anscheinend schlau berechnete Spekulation. Man verschafft sich durch Mädchen, die stets mehr an den Ort gebunden als junge Männer und auch der gewerkschaftlichen Organisation besser fernzuhalten sind, eben billige und willfährige Arbeitskräfte. Daß die Mädchen früher dem Siechtume verfallen und die Landstraße immer mehr mit Buchdruckern überschwemmt wird, das kümmert die Kapitalisten nicht. Dank dem gebundenen Sinne unsrer Frankfurter Prinzipale war es bisher nur eine Druckerei, die mit Seherinnen experimentierte und auch nur diese kommt hier in Betracht. Der betreffende Kunsttempel genießt seit Jahren den wenig ehrenvollen Ruf einer Lehrlingszuchtanstalt und Bühne von 15 bis 18 Mk. selbst für ältere Gehilfen sind dort gar keine Seltenheit. Eine Erlangung der tariflichen Bezahlung für Seherinnen — eine solche kann doch nur als Maßstab gelten — dürfte hier lange noch ein schöner Traum bleiben. Aus diesen Ursachen mag es auch schwer halten, Mädchen als Versuchsanfänger in gewünschter Anzahl zu finden.

Hat sich nun der Verein für Jugendfürsorge die Aufgabe gestellt, hier als Retter in der Not beizupringen? Das kann gar nicht seine Absicht sein und ich glaube zur Ehre seines Vorstandes annehmen zu dürfen, daß es ihm an der nötigen Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse ge-fehlt hat, was allerdings sehr unwahrscheinlich klingt, wenn man in Erwägung zieht, daß zwei hervorragend gewerkschaftlich tätige Buchdrucker dem Vereine für Jugendfürsorge als beratende Mitglieder angehören. Gerade aus letztem Grunde muß es auch befremden, daß der „Wegweiser“, der bei allen rein weiblichen Berufs-zweigen genaue Angaben über die Fluktuation am Arbeitsmarkte zu machen scheint, es versucht, neben der Lithographie unserm ohnehin überfüllten Berufe noch weibliche Kräfte zuzuföhren. Daß hier die berufenen Fak-toren versagt haben, ist eine schwer wieder gut zu machende Unterlassungssünde und kann vom gewerkschaftlichen und menschlichen Standpunkte aus nicht scharf genug verurteilt werden.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß die Seherinnen auszubildende Firma Mahlau & Walschmidt seit 30. April 1903 im Verzeichnisse der tarifreinen Druckereien vermerkt ist. Es erregte dies hier große Verwunderung, da bisher jeder Versuch, die Inhaber und ihr Personal für den Tarif zu interessieren, vergebliche Mühe war. Da diese Firma bei den städtischen Druckarbeiten stark engagiert ist, ließe sich ihr Vorgehen vielleicht mit dem Antrage des Magistrats der Stadt Frankfurt, betreffs Vergebung der städtischen Druckarbeiten an nur tarifreine Druckereien, unwillkürlich in enge Verbindung bringen. Jedenfalls wird es Aufgabe der Tarifinstitutionen sein, die Firma stets im Auge zu behalten.

Trotzdem der obengenannte Magistratsantrag von den Stadtverordneten endlich angenommen, wird das städtische Amtsblatt immer noch in der ausgeprochen tariffeindlichen Druckerei Minjon hergestellt. Auch die sonst sozial angehauchte evangelische Geistlichkeit beschäftigt nach wie vor den Tarifignoranten Eichhorn. Hoffentlich wird auch da bald der Nutzen der Tarifgemeinschaft anerkannt und einer bessern Einsicht Platz gemacht.

Frankfurt a. M., im August 1903.

G. J.

Korrespondenzen.

T. B. Cleve. Am 22. August wurde hier eine Außer-ordentliche Verammlung abgehalten, zu der auch die Nichtmitglieder eingeladen waren. Seitens der Mitglieder war dieselbe stark, seitens der Nichtmitglieder dagegen sehr schwach besucht. Kollege Th. Schroers aus Essen wurde als Referent in dieser Verammlung mit einem herzlichen Willkommen empfangen. Hierauf nahm der Referent das Wort, um über das Thema, Wohlfahrteinrichtungen und der Verband der Deutschen Buchdrucker, zu sprechen. Zu kurzen Zügen legte er die Wohlfahrteinrichtungen größerer Betriebe dar, die für die Gehilfenchaft einzig mögliche Wohlfahrteinrichtung, den Verband, gegenüber-stellend.

Danzig. Die am 30. August abgehaltene Monats-verammlung des Ortsvereins wurde durch eine Ver-fügung der hiesigen Polizeiverwaltung überzerrt, wonach jeder Redner vorher seinen Vornamen, Familien-namen, Stand und Wohnung angeben mußte. Die Folge davon war, daß die Verammlung dank der Neu-gierde der Polizeibehörde und der humoristischen Auf-

fassung dieser Neuordnung seitens der Kollegen sich un-nötigerweise in die Länge zog. Wie der Vorsitzende erklärte, wolle er diesmal dem entsprechend verfahren, eine Be-schwerde solle aber sofort an zuständige Stelle gerichtet werden. (Zustimmung von allen Seiten.) Nach Erledigung des Geschäftlichen und Aufnahme neuer Mitglieder trat die Verammlung in die Besprechung der Erhöhung des Gaubeitrages ein. Der Vorsitzende berichtete, daß die Ausgaben für Unterstühtungen den Bestand der Gaukasse aufgeföhrt haben. Die Beträge vermögen die laufenden Ausgaben schon seit Wochen nicht mehr zu decken, so daß heute bereits ein Defizit vorhanden sei. Der Gauvorstand habe deshalb auf Grund des § 12 des Gaustatuts be-schloßen, den Beitrag bis auf weiteres um 10 Pf. pro Woche zu erhöhen. Aus einer in der Verammlung an-gefügten graphischen Darstellung der Arbeitslosenwochen pro 1901, 1902 und das erste Halbjahr 1903 war zu ersehen, welche große Steigerung der Zuschuß zur Arbeits-losen-Unterstützung aus der Gaukasse erfahren hat. Auch die Reise-Unterstützung an Nichtgebürtliche und Un-gesteuerter hat sich vervielfacht. Im Hinblick darauf, daß die gewachsenen Ausgaben nur durch die Unterstühtung der von Arbeitslosigkeit betroffenen Kollegen entstanden seien, wünscht der Vorsitzende, daß die arbeitenden Mit-glieder für ihre weniger vom Glücke begünstigten Kollegen die 10 Pf. wöchentl. opfern, daß dieser trostlose Zustand aber nicht lange dauern möchte. Kollege Malabinski machte den Vorschlag, der Gauvorstand möchte durch Ver-astimmung die Entscheidung bringen, ob der nächste Gau-tag, für dessen Abhaltung Graudenz bestimmt ist, in Danzig abgehalten werden kann, in welchem Falle der schwachen Gaukasse einige hundert Mark getretet werden könnten. Gauvorsteher Magroßki sagte diesbezüglich Erwägung im Gauvorstande zu. Nach kurzer Debatte über die Beobachtung, daß in einigen hiesigen Geschäften trotz der großen Anzahl hier vorhandener Arbeitsloser bei Bedarf sehr viel von auswärtig engagiert wird, schloß die Diskussion über die Beitragserhöhung. Der nächste Punkt betraf das Beitragsreferieren. Bisher wurden die Dauer-restanten jedes Quartal in den Verammungen verlesen. Das scheint nun auf einen Teil der Herren Restanten gar keinen Eindruck mehr auszuüben. Mit großer Mehrheit nahm die Verammlung einen Antrag dahingehend an, daß sämtliche Dauerrestanten stets auf den Einladungen resp. Tagesordnungen zu den Monatsverammungen des Ortsvereins namhaft gemacht werden müssen. Zur Ge-werbergerichtswahl, welche dieses Jahr hier nach dem Pro-portionalsystem vorgenommen wird, sind unferjets für die Kandidatenliste des Gewerkschaftsrates die Kollegen F. Goethe und F. Papenfoht nominiert worden. — (Der Besuch der Verammungen konnte in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ein besserer sein. Bei einer Mit-gliederzahl von über 150 bildeten die 72 Mann gerade keine „stark besuchte“ Verammlung. Der Schriftf.).

X. Glatz. Am dem Typographen über die Jahre Gurke hinwegzusehen, fällt ein verleumbereicherer Nach-kollege die Spalten der Nr. 33 deselben an, indem er alle erreichbaren Verbändler mit seinem Elemente — mit Bech — bewußt, und trotzdem er anfangs selbst zugibt, daß weder er noch der Gutenbergs-Bund in cor-pore etwas dafür kann, daß die Druckerei, in welcher er konditioniert, der Tarif anerkannt hat, aber am Schluß glaubte er doch bewiesen zu haben, daß nur der Bund wirklich „in Tarif macht“. So lasse obiges Organ seinen Getreuen nur im allgemeinen vorplaudern, daß der Bund stets den Verbändlern die Kasernen aus dem Feuer geholt hat, ist ja der Lesestoff sehr spaßhaft, wenn aber einzelne Druckereien angerepelt werden, ist eine Erwiderung doch angebracht. Wenn wir uns den ver-mutlichen Referenten ansehen, so wird es jedermann interessieren zu erfahren, daß dieser bei Ausbruch des 1891er Streiks sofort nach Leipzig fuhr, um dort die dem Bunde gerichtlich anerkannte Tätigkeit auszuüben, von den wachsam bösen Verbändlern aber bald wieder „abge-schoben“ wurde. Diesmal schwindelt er den Lesern des Typographen vor, ein Gehilfe bei der Firma Bartsch & Wolf in Glatz made „unzählige“ Ueberstunden. Diese Behauptung ist direkt aus der Luft gegriffen. Ueber-stunden werden in dieser Druckerei nicht mehr gemacht wie in den beiden anderen, aber tarifmäßig bezahlt und auch die Entlohnung der Gehilfen ist einwandfrei. Während ist die Fürsorge des Referenten, wie der Prin-zipal bei dem angeblich allerbilligsten Druckpreisen bestehen kann? Auch soll bei B. & W. ein „Haushälter“ mit einem Gehilfen zusammen Maschinenmeisterarbeit verrichten; der „Haushälter“ ist aber ein Tiegelbrucker, der bei 18 Mk. Wochenlohn an der Wostonpresse druckt und an der Schnell-presse einlegt, aber keiner Organisation angehört. Ein solcher Tiegelbrucker — bei 15 Mk. Wochenlohn — steht auch in der Schirmerschen Druckerei und die Herren Bändler griffen mit allen Fingern zu, ihn in den Bund aufzunehmen, in dessen Reihen er jedenfalls verbelehrt wirken soll. Auch die Bemerkung, ein Bändler sehne sich gar nicht in die Verbandsdruckerei von Bartsch & Wolf, kann widerlegt werden, denn der Bändler B. erfährt hier Kondition, nachdem er seine Mutter wiederholt darum bitten ließ. I. meldete sich auch zum Verbande, die Mit-gliedschaft Glatz befristete das Gesuch aber nicht in Anbetracht seiner Leistungen. Später richtete A. ein Ge-such an den Gauvorsteher in Breslau, bat um Kondition und versprach dann Verbandsmitglied zu werden, natür-lich wanderte das Gesuch in den Papierkorb. Das wäre doch auch interessanter Lesestoff für den Typographen ge-wesen. Zu Landeck „schafft“ einer von den waderen

* „Welchen Beruf soll ich wählen?“

1600 Bundes-Tariffkämpfern 11 Stunden und länger täglich, bei 16 Mt. Wochenlohn. Wie stolz mag er sich geglaubt haben, wenn die Hundstagschige einem seiner Hauptlinge die Mahnung erpreßt, nicht durch Eintreten für den Tarif die Positionen zu verlassen, um den — Fernwänden — die fetten Pfunde zu überlassen (???) Um die Tatsachen so schwindelhaft zu verdrängen, dazu gehört ein Charakter wie der des besagten Typographenreferenten, der es sich zur Aufgabe stellt, erst allen anderen ihr Licht anzulöschen, damit sein Licht zu leuchten anfangen.

Hamburgr-Altona. (Mitgliederversammlung vom 25. August bei Klett.) Vorsitz: Gauvorsteher Dreier. Aufgenommen seit vorletzter Versammlung: Die Seher William Weinberg, Oskar Kraemer, Eugen Silber, Eduard Liebe, Julius Rignand, H. F. A. Breitkopf, der Drucker John W. Schneider. Ausgetreten: August Kranz, Emil Hüfte. Ausgeschlossen: S. A. Kubon, G. Hoffe, Jr. Wohlsch, G. Hüfing, F. Meinede. Invalide geworden: W. Kenede, A. Schreiber, E. Fröhlich. Arbeitslos 184 Mitglieder. Der paritätische Arbeitsnachweis führt 195 Konbitionslose, krank sind 67 Mitglieder. Vom Vorsitzenden wurde mitgeteilt, daß im Herbst zwei Vorträge stattfinden werden. Am 11. Oktober bei Tütge ein Vortrag von Herrn Dr. Walter Lund über: „Im Lande der Witternachtsstunde, illustriert durch 200 Lichtbilder, am 11. November spricht bei Klett der Nordpostfahrer Herr Dr. Bayer über: Selbsterlebtes aus der Polarwelt. Auf Antrag des Vorsitzenden wurde beschloffen, im Laufe des Jahres nur drei Vergünstigungen abzugeben, und zwar ein Wintervergünstigen eventuell in Verbindung mit einer Wohltätigkeitsstombole, eine Oper-Matinee und das Johannisfest. Ebenso wurde ein Antrag von F. Cronenberg angenommen, wonach in Zukunft bei den Vergünstigungen ein kleines Eintrittsgeld von den Mitgliedern erhoben werden soll. Auch ein Antrag von R. Klein, im nächsten Sommer eine Dampfentour nach Sydt zu veranstalten, fand die Zustimmung der Mitglieder, jedoch soll ein definitiver Beschluß hierüber erst nach der Berichterstattung des Vergünstigungsausschusses gefaßt werden. In den Vergünstigungsausschluß wurden gewählt: P. Baumann, B. Gabriel, E. Göbe, M. Fischer, W. Hanewacker, R. Klein und A. Schottke. Den größten Teil des Vergünstigungsabends füllte eine Debatte, die sich aus einigen von G. E. Loges gegen den paritätischen Arbeitsnachweis vorgebrachten Klagen entwickelte. Es wurde behauptet, bei der Befragung der Stellen zum Abreßbuche seien Schiebungen auf dem Nachweise vorgenommen; die Arbeitskräfte seien nicht der Reihe nach entnommen, sondern willkürlich ausgesucht worden. Auch der Faktor des Abreßbuches, G. Knudsen, wurde persönlich angegriffen; er hätte die aus den Hamburger Nachrichten entlassenen Seher zuerst berücksichtigen sollen. Ein Redner stellte die Sperre über die Druckerei von Hermanns Erben (Nachrichten und Abreßbuch) in Aussicht. Gauvorsteher W. Dreier und Gehilfenvertreter M. Demuth erwiderten, daß der Arbeitsnachweis eine neue Institution sei, der natgemäß noch Mängel anhaften, die erst mit der Zeit verschwinden werden. Viele Schuld hätten auch die Kollegen selber durch ihre mangelhaften An- und Abmeldungen. Demuth konnte dieses mehrmals bei der Revision des Nachweises feststellen, weil er als Gauverwalter und Verwalter der Ortskrankenkasse über die Personalien der meisten Kollegen stets auf dem Laufenden ist. In Zukunft wird die Kontrolle noch rationaler gehandhabt werden, sobald der Nachweis zu allseitiger Zufriedenheit funktioniert. G. Knudsen erklärte, daß er schon monatelang vor Beginn des Abreßbuches wegen Anstellung überlaufen worden sei und den dringenden Bitten einzelner Kollegen nicht habe widerstehen können. Er habe dann eine Liste aufgestellt, im guten Glauben, daß die sich Meldenden alle arbeitslos seien. Diese Liste sei auch auf dem Arbeitsnachweise gutgeheißen worden. Wenn beim diesjährigen Engagement zum Abreßbuche Fehler gemacht worden seien, so sollten sie in Zukunft vermieden werden. Eine gegen den Arbeitsnachweis und gegen Knudsen gerichtete, von D. Hornig eingebrachte Resolution war selbst der Opposition zu präferen; sie wurde zurückgezogen. Damit fand diese Debatte ihre Entscheidung. Der Kartellbericht wurde debattelos entgegengenommen.

Kaiserslautern. In Nr. 99 des Corr. befindet sich unter Rundschau eine Notiz, betr. der Eingabe an die hiesige Behörde wegen Vergebung der städtischen Druckfaden an nur tariffreie Prinzipale, in welcher dem sozialdemokratischen Stadtrat Klement vorgeworfen wird, daß er nicht für unsre Sache eingetreten sei. Demgegenüber können wir erklären, daß diese Behauptung vollständig aus der Luft gegriffen ist, indem Klement unsre Eingabe verteidigte und er derjenige war, welcher beantragte, die Sache an den Petitionsausschuß zurück zu verweisen, um dann mit einem formellen Antrage vor den Stadtrat zu treten. In unsrer am letzten Samstag abgehaltenen Versammlung, in welcher Herr Klement anwesend war, präziserte er seinen Standpunkt und gelangte folgende Resolution zur Annahme: Die Versammlung verurteilt die Einföndung im Corr. und erklärt sich mit der Tätigkeit des Herrn Stadtrates Klement in dieser Angelegenheit vollständig einverstanden. Der Verfasser der betr. Notiz möge in Zukunft etwas vorichtiger sein und sich genauer erkundigen, damit derartige unliebsame Vorurteile unterbleiben. Der Vorstand. (Unsre Rundschau notiz stützte sich auf die Berichterstattung des Pirmasener Tagesblattes und eine uns zugegangene Mitteilung, daß sich Herr Klement nicht für den Antrag der Gehilfen bemüht habe. Das Gegenteil ist aber wahr, wie

wir aus weiteren uns zugegangenen Blättern ersehen können. Auf die Sache selbst kommen wir noch zurück. Reb.)

Magdeburg. Eine selten große Schar unserer Kollegen hatte sich am 29. August im Prunksaale des „Fürstenhofes“ zusammengefunden, um das dreißigste Stiftungsfest des Ortsvereins und zugleich das fünfzig-jährig-jährigen Jubiläum des Kollegen Gustav Zobel festlich zu begehen. Bei der in allen Teilen imponant verlaufenen Feier wechselten Konzerte, Gesangs- und Zithervortrüge, Festspiel sowie Illuminationsreigen in bunter Reihenfolge ab. In beredten Worten feierte Kollege Hesselbarth in der Festrede die Verdienste, die sich der Jubilar während seiner Mitgliedschaft um den Verband erworben und wie er selbst in den schwersten Zeiten immer treu zur Fahne desselben gehalten habe. Welche Beilebtheit sich Kollege Zobel unter seinen Kollegen zu verschaffen gewohnt hat, davon zeugten die zahlreich, von nah und fern eingelaufenen Glückwünsche. Als äußeres Zeichen der Anerkennung wurden demselben vom Orts- und Bezirksvereine Magdeburg eine Wanduhr und vom Ortsvereine Burg ein Tafelaufsatz überreicht. Kollege Zobel sprach in bewegten Worten seinen Dank aus und ließ denselben in ein Hoch auf den Verband ausklingen. Den Schluß bildete ein Festball, welcher die Teilnehmer bis zur frühen Morgenstunde beieinander hielt.

Reu-Szenburg. Gestützt auf § 11 des Preßgesetzes eruchen wir um Aufnahme nachstehender Zeilen: In Nr. 102 Ihres geschätzten Blattes gedachten Sie in einem Berichte unter „Offenbach“, die „vierte Bezirksversammlung betr.“, auch einiger Druckereien der Umgegend Offenbachs, u. a. auch unsrer Firma. Die darin aufgestellte Behauptung, daß betr. Tarifanerkennung bei uns nichts zu erreichen sei, müssen wir dahin richtig stellen, daß es längst hinter uns liegt, den deutschen Buchdruckerart zu anerkennen, es deshalb auch nicht angebracht erscheint, uns einer nichtswürdigen Kritik zu unterziehen. Wir verweisen den Herrn Einsender, dessen Persönlichkeit uns vielleicht bei einer andern Gelegenheit zu einer weiteren Äußerung Anlaß gibt, auf das vom Tarif-Amt der Deutschen Buchdrucker herausgegebene Verzeichnis derjenigen Druckereien des Deutschen Reiches, welche bis einschließl. 30. April 1903 den Deutschen Buchdruckerart anerkannt haben und bebauen gleichzeitig, daß der betreffende Herr nicht besser orientiert ist, es deshalb auch viel besser unterliege, derartige Berichte abzugeben und juchen sollte, sich eines bessern zu befleißigen. Was mein persönliches Verhalten bei der letzten Reichstagswahl angeht, so glaube ich doch kaum, erst den betreffenden Verleumder über die von mir zu beabsichtigende Stellung befragen zu müssen. Mit Hochachtung zeichnen H. & S. Schäfer (Inb. H. Sch. Schäfer.)

e. Neustadt a. H. Wohl selten wurde die Tagesordnung einer Bezirksversammlung so rasch erledigt, wie in der am 29. August abgehaltenen. Als wichtigster Punkt wurde der Gegenseitigkeitsvertrag zwischen den Gau Mittelrhein, Oberhein und Württemberg behandelt und die denselben betreffenden Bestimmungen von der Versammlung einstimmig genehmigt. Auf ein vom hiesigen Bezirksvereine vor etwa sieben Monaten an die Pfälz. Handwerkskammer gerichtetes Gesuch, bei Lehrlingsprüfungen nur gelernter Buchdrucker von Prinzipalseite (es handelte sich um Herrn Hütel-Dürheim) hinzu-zuziehen, sah sich die Pfälz. Handwerkskammer veranlaßt, dem Bezirksvereine — Ende August — eine wie erwartet abschlägige Antwort zukommen zu lassen, wonach die Wahl der Prüfungswesier den Gewerbevereinen zustehe, zu welchen die wenigsten Handwerker als Mitglieder zählen dürften.

Rundschau.

Ferien! Die Buchdrucker Grohrod (Münzberger Volkszeitung) in Nürnberg hat ihrem Personale einen achtwöchigen Urlaub unter Fortbezahlung des Lohnes bewilligt. Einjährige Tätigkeit in genannter Druckerei ist Bedingung.

Die deutsche Städte-Ausstellung in Dresden, die von 359 deutschen Städten besichtigt ist, hat mit dem in diesen Tagen abgehaltenen deutschen Städtetage ihren Höhepunkt erreicht. Auf demselben hielt der Oberbürgermeister Dr. Widder-Frankfurt a. M. einen gedankenreichen und groß angelegten Vortrag über die sozialen Aufgaben der deutschen Städte. Der Redner sagte u. a.: „Von den Gemeindeprogrammen der deutschen Sozialdemokratie ist das Brandenburger und das Schleswig-Holsteiner von Bedeutung. Das meiste stammt aus dem nationalsozialen Programme. Man tut daher gut, die sozialdemokratischen Gemeindeprogramm-Forderungen nicht durch die Beziehung sozialistisch zu diskreditieren. Man sollte lieber sozialpolitisch sagen. Auch kann eine Zurückweisung sozialpolitischer Gedanken nur ihrer Herkunft wegen für die deutschen Stadtverwaltungen nicht in Betracht kommen, sonst geraten wir in ein planloses Hin- und Herschwanken. Die Wohnungsbefahrung für Minderbemittelte ist sicherlich ebenso wichtig, wie die Hinterbliebenen-Fürsorge. Die Häuserbaufreiheit muß gegen den Willen der Grundbesitzer gewahrt bleiben. Abzulehnen ist die zu weit gehende sozialdemokratische Forderung, daß die Gemeinden Häuser bauen sollen. Der Entwurf des preußischen Wohnungsgesetzes geht zu weit in der Beschränkung des Selbstbestimmungsrechtes der Gemeinden. In der Gemeinde-

arbeiterfrage stehe ich auf dem Standpunkte, daß die Löhne nicht nach Angebot und Nachfrage, sondern nach dem Dienstalter zu regeln sind. Bei Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern haben die Gemeinden völlig neutral zu bleiben. Sie sollen auch grundsätzlich keine Unterstützung an Arbeitgeber oder Arbeitnehmerorganisationen gewähren. Mit den zu schaffenden kommunalen Arbeitsnachweisen ist eine Stadt und Land umfassende Arbeitslosenversicherung ins Leben zu rufen. Städtische Unternehmungen (Gas-, Wasserwerke, Straßenbahnen) sind in ausgiebigster Weise zur Milderung des Steuerdruckes zu benützen. Die Gemeindeverwaltungen eignen sich als neutrale Friedensbezirke besonders zur Vermöhnungsarbeit zwischen den entzweiten Klassen der Bevölkerung. Mit Vermöhnungsreden sei nichts zu erreichen. Zur Vermöhnungsarbeit brauche der Verwaltungsbeamte frischen Mut und gute Nerven. Man muß arbeiten und nicht verzweifeln.“ — Der Korrespondent Oberbürgermeister Beutler-Dresden leistete sich den klassischen, eßt jächischen Satz: „Die Unentgeltlichkeit der Schule sei zu verwirgen“, wobei der Herr vergessen hat, die Summen anzugeben, die jährlich von Staat und Gemeinden für die Schule der besser situierten Kreise gezahlt werden. Weiter betonte der Redner: „Im Submissionswesen habe man von dem Prinzip der Zuschlagerteilung an den Mindestfordernden abzugehen. Die Gemeinden sollten die Marktpreise amtlich feststellen und nur diese Preise bei den Submissionen berücksichtigen. In der Bodenpolitik stehe ich auf dem Standpunkte, das Grundeigentum eignet sich nicht zu Experimenten, weil es der Pfeiler unsrer staatlichen Ordnung ist. Der englische Municipalsozialismus hat Erfolge gehabt nicht als Sozialismus, sondern weil z. B. die Verstaatlichung der Gas- und Wasserwerke und der Straßenbahnen als ein gutes Geschäft für die Städte erscheint. Arbeiterauskünfte sind anzustreben, denn nur der Arbeiter kann doch sagen, wo ihm der Schuh drückt. Für den Verwaltungsbeamten muß es überhaupt erster Grundsatz sein, die Interessenten zu fragen und nicht vom grünen Tische aus zu regieren, deshalb muß ein Wahrheit gefordert werden, daß ohne sonderliche Kämpfe allen Klassen eine Vertretung gewährt.“

In Dresden fand am 5. und 6. September der vierte Verbandstag deutscher Mietervereine statt. Vertreten waren 23 Städte. Die Errichtung von Mietschiedsgerichten bildete den ersten Verhandlungsgegenstand, doch wurde die Errichtung solcher Gerichte mit 37 gegen 3 Stimmen abgelehnt. Sodann wurde bei dem Punkte: „Die Einföndung der Wohnungsinpektion und die Förderung der Wohnungspflege“ folgender Antrag angenommen: „Der Verbandstag beauftragt den Vorstand des Verbandes, dem nächsten Reichstage eine Petition einzubringen, die eine reichsgerichtliche Einföndung der Wohnungsinpektion erstreckt, jedoch in dem Sinne, daß die Einzelstaaten veranlaßt werden, Bestimmungen über die Ausübung der Inpektion in den Kommunen zu treffen.“ Bezüglich der wirtschaftlichen Förderung der Mitglieder der Mietervereine empfahl man Wirtschaftskreis- und Mitgliedsparassen, gemeinsamen Bezug von Kohlen, Verträge mit Transportgesellschaften wegen billigen Umzugskosten, Gründung von Bauvereinen zur Erlangung eigener Wohnungen usw.

Da hört sich doch alles auf! Nicht genug, daß wegen angeblicher Majestätsbeleidigung in Berlin der f.-b. Redakteur Leid, in Leipzig drei Redakteure von Arbeiterblättern und der Wetteure eines solchen, in Berlin wiederum ein bürgerlicher Redakteur wegen Zeugnisverweigerung verhaftet sind, kommt jetzt die Nachricht, daß der Berichterstatter Heßheim des Vorwärts verhaftet wurde, weil er „eine ihm unter dem Siegel des Redaktionsgeheimnisses anvertraute Kenntnis nicht zu einer gemeinen Denunziation verwenden wollte“. Dieser letztere Fall ist einfach unbegreiflich. Heßheim hat die ihm gewordene Mitteilung über Mißstände bei einem näher bezeichneten Berliner Regimente nicht etwa der Öffentlichkeit, sondern in einem Briefe der betreffenden Kommandantur zur Kenntnis gebracht, welche bei einer näher Untersuchung einen Teil dieser Mißstände auch tatsächlich vorgefunden und bestätigt hat. Statt nun Heßheim für diese legale Art des Vorgehens dankbar zu sein, veranlaßte das Militärgericht, weil R. seinen Gewährsmann nicht nennen und sich nicht zum Schutte machen wollte, daß R. aus dem Bette heraus verhaftet und in Zeugniszwangshaft abgeführt wurde. Mit Recht sagt der Vorwärts: „Man will R. zwingen, zum gewissenlosen Verräter zu werden, die Ehrenpflicht des Redaktionsgeheimnisses zu brechen und einen armen Teufel von Soldaten ins Unglück zu stürzen. Das ist der noble Dank der Militärbehörde dafür, daß wir einmal ihren eignen Wünschen entsprechend nicht durch die Presse, sondern durch persönliche Mitteilung ihr Gelegenheit gaben, Mißstände abzuhelfen. Statt den Fall gründlich zu untersuchen geht das einzige Bestreben dahin, den Soldaten, der sich in die Öffentlichkeit gestürzt, aus Messer zu kriegen und den selbstlosen, verdienten Vermittler einer offenbar begründeten Beschwerde bis zu sechs Monaten der Folter der Zeugniszwangshaft anzuliefern. Das Verhalten der Militärbehörde im Falle Heßheim ist auch außerordentlich unklug. Wir haben einmal die Probe aufs Exempel gemacht und dem Verlangen der Herren vom Kriegsministerium gemäß nicht durch öffentliche Aussprache, sondern durch Mitteilung an die Behörde Klarstellung versucht. Ein Zeugniszwangsverfahren ist der Erfolg. Damit begibt sich jeder Kriegsminister und die

